

EU nach Trilogverfahren einig über Hafenverordnung:

Dreeke: Endlich Klarheit in der Hafenpolitik schaffen

Berlin, 29. Juni 2016 – Nach der Einigung über die Hafenverordnung drängt das Deutsche Verkehrsforum (DVF) auf eine rasche und abschließende Klärung der EU-Hafenpolitik. Frank Dreeke, Präsidiumsmitglied des DVF und Vorsitzender des Vorstands der BLG LOGISTICS GROUP: „Wir sind mit dem Kompromiss beim Thema Marktzugang und Transparenz der Hafenfinanzierung einverstanden. Damit kann die Diskussion über die ‚Port Packages‘ nach zehn Jahren endlich abgeschlossen werden. Allerdings steht der letzte entscheidende Schritt aus: Die Häfen brauchen eine vernünftige und verlässliche Behandlung in der EU-Beihilfepolitik.“

Vertreter des Europäischen Parlamentes, der Rates und die Europäischen Kommission hatten den Kompromiss zur Hafenverordnung in der dritten Trilog-Runde bestätigt. Die Verordnung wird demnach einheitliche Mindestanforderungen für die Organisation von Hafendiensten regeln – so etwa die Qualifikation und Verfügbarkeit von Diensten oder die Einhaltung geltender Arbeits- und Sozialstandards. Wie von der Europäischen Kommission vorgesehen, bleiben die Umschlagsdienste von den Marktzugangsvorschriften ausgenommen. Auch das Kapitel über die finanzielle Transparenz in den Häfen bleibt im Wesentlichen erhalten. Eine Konsultation der Nutzer wird künftig verpflichtend vorgeschrieben. Unnötiger bürokratischer Aufwand soll dabei vermieden werden.

Allerdings hatte die Generaldirektion Wettbewerb der Europäischen Kommission erst kürzlich einen Regelungsvorschlag im Bereich des Beihilferechts vorgelegt, der die Zukunft der großen deutschen Seehäfen gravierend in Frage stellen würde. Dreeke: „Nach diesem Entwurf wäre praktisch jede öffentliche Finanzierung von Autobahnen, Schienenwegen oder seewärtigen Zufahrten notifizierungspflichtig, wenn diese Infrastruktur irgendwie mit einem Hafen in Verbindung steht. Außerdem tauchen alte Themen wie Laufzeitbegrenzung, Konzessionen und Mietverträge wieder auf, die der Gesetzgeber entweder abgelehnt oder schon geregelt hat.“

Das DVF spricht sich deshalb dafür aus, die Hafenverordnung erst dann förmlich im Europäischen Parlament und Rat zu verabschieden, wenn die beihilferechtliche Behandlung hafenbezogener Infrastrukturen durch die Europäische Kommission sachgerecht und abschließend geklärt ist.

Das **Deutsche Verkehrsforum** ist die einzige verkehrsträgerübergreifende Wirtschaftsvereinigung in Europa. Unsere rund 170 Mitgliedsunternehmen wollen die Verkehrsbedingungen verbessern sowie die Mobilität in Deutschland und Europa sichern.